

Gesuch

Nach sechsjähriger Dienstzeit in den bewaffneten Organen der Deutschen Demokratischen Republik stelle ich den Antrag, in die Reserve versetzt zu werden. Den Entschluß dazu habe ich nach reiflicher Überlegung gefaßt, die ich hier zum Ausdruck bringen möchte.

Seit drei Jahren diene ich in den Grenztruppen der DDR als waffentechnischer Offizier. In diesen drei Jahren wurde meine Berufsmotivation Stück für Stück zerstört. Ursprünglich suchte ich einen Beruf, der mich voll ausfüllen kann, bei dem ich etwas zur Erhaltung des Friedens beitragen kann und der meinen technischen Interessen entspricht. Während des Studiums rückte das gesellschaftliche Erfordernis mehr in den Mittelpunkt.

Da ich durch mein Elternhaus und durch das Studium zur Ehrlichkeit erzogen wurde, möchte ich meine Gedanken zum gesellschaftlichen Erfordernis als Hauptmotivation für den Dienst in den bewaffneten Organen äußern.

In den drei Jahren, die ich bei den Grenztruppen der DDR diene, habe ich die Sicherung der Staatsgrenze bei vielen Kontrollen kennengelernt. Zuvor hatte ich mich mit dieser Problematik nicht beschäftigt.

Während des Studiums an der OHS LaSK erfolgte keine Ausbildung zur Grenzsicherung. Bei den Ausbildungsmaßnahmen im Grenzregiment 8 wurde nur über Neuerungen bei Erscheinen neuer Dienstvorschriften gesprochen.

Grundlegende Probleme wurden auch bei Nachfragen nicht tiefgründig erläutert.

Durch das Selbststudium habe ich meine Kenntnisse vertieft. Ich habe erkannt, daß es im Ermessen jedes einzelnen Landes liegt, wie es seine Grenzen sichert.

Nicht einverstanden bin ich mit der Anwendung der Schußwaffe zur Verhinderung von Grenzdurchbrüchen, ausgenommen bei Angriffen auf Angehörige der Grenztruppen. Meiner Meinung nach gibt es hierfür keinerlei Notwendigkeit.

Die Einführung der MPi AK 74 in die Grenztruppen wird vorbereitet. Bei Anwendung dieser Waffe sind auch Schüsse in Arme und Beine tödlich. Für die Einführung dieser Waffe ist der waffentechnische Dienst verantwortlich, selbst wenn er nur entsprechende Befehle auszuführen hat.

Rechtlich gesehen hat jeder Angehörige der Grenztruppen die Pflicht, zur Verhinderung eines Grenzdurchbruches die Schußwaffe als äußerstes Mittel der Gewaltanwendung anzuwenden. Ich bin der Auffassung, daß er dazu moralisch nicht das Recht hat. Weiterhin glaube ich nicht, daß der Gebrauch der Schußwaffe im Grenzdienst im Interesse unseres Staates ist.

Loyalität gegenüber dem Staat ist neben der strengen Aufgabenerfüllung die erste Pflicht eines jeden Offiziers. Da ich aber nie gegen meine Überzeugung handeln und unter keinen Umständen auf einen unbewaffneten Menschen schießen würde, bitte ich um die Entbindung von den Pflichten eines Offiziers der Grenztruppen der DDR.

gez. Frank Merkel

F.d.R.

gez. Robitzsch  
Oberst

A b s c h r i f t

Grabow, 29. 08. 1987

### E r k l ä r u n g

Das Gesuch habe ich in der Zeit vom 27. Juni zum 29. Juni 87 formuliert. Nach Beendigung des Urlaubs wollte ich es meinem Vorgesetzten vorlegen. Diese Absicht habe ich nicht verwirklicht, nachdem ich gesehen habe, wie das "kapitulantenhafte Verhalten" (Zitat OSL Oehme) des Hptm. Ohme gewertet wird, der ein Entpflichtungsgesuch gestellt hat.

In meinem Gesuch habe ich mich hinsichtlich meines weiteren Lebens in der DDR äußerst vorsichtig ausgedrückt. Diese Notwendigkeit besteht jetzt nicht mehr, da ich die DDR verlassen werde. Getragen wird dieser Entschluß neben den Gründen, die ich im Gesuch niedergeschrieben habe, durch folgende Gegebenheiten. Diese führten dazu, daß ich mich weder an das Offiziersgelöbnis noch an die DDR-Gesetzgebung gebunden fühle. Es kann keine Weiterentwicklung ohne die Lösung von Widersprüchen geben. Diese müssen aber durch Kritik aufgedeckt werden. Widersprüche gibt es mehr als genug, öffentliche Kritik aber keine.

Wie sieht es nun mit den Widersprüchen aus?

In der Bevölkerung existieren zwei Meinungen. Eine für die Arbeit, die dienstliche, und eine zweite für den Hausgebrauch. Eine Meinungsäußerung entsprechend den tatsächlichen Überzeugungen ist nur dann erwünscht; wenn sie in das Gesamtkonzept des Staates paßt. So erzielt man Duckmäusertum. Dazu gesellt sich eine permanente Bespitzelung und Beobachtung, deren Hauptziel nicht die Verhinderung des Verrats von Staatsgeheimnissen ist, sondern die lückenlose Überwachung der Bevölkerung.

Das System der Überwachung ist fast perfekt. Neben Angehörigen des MfS gibt es Massen von "Unterstützungskräften". In jedem Kollektiv, in jedem Haus, in jeder Reisegruppe sind diese Kollegen aktiv und sammeln Punkte. So bespitzelt einer den anderen. Mir ist es auch unverständlich, wenn diesen Genossen so viel an der Weiterentwicklung unseres Staates liegt, nicht gegen Schlampereien, Schönfärbereien, Trunksucht und Disziplinosigkeit einschreiten. Die Schlamperei zeigt sich in der täglichen "Nicht"-Aufgabenerfüllung.

Es wird zwar sehr viel über andere erzählt und sich selber gelobt, aber an Zucht und Ordnung mangelt es überall. Diese Ohnmacht dokumentiert sich in laufenden Änderungen zu Dienstvorschriften, Befehlen und Weisungen.

Die Schönfärberei kann man bei jeder angesagten Kontrolle beobachten. Da werden Mängel abgestellt und die Gefechtsbereitschaft zeigt sich wie sie sonst nie ist.

Und so reiht sich eine Lüge an die andere.

Diese Probleme lassen sich unter den heutigen Zuständen in der DDR nicht lösen. Eigentlich wäre die Partei ein Anlaufpunkt. Ihre Funktion hat sich aber gewandelt. Sie lenkt nicht mehr, sie führt selber alles durch und hängt wie ein Geschwür am Staat. So daß man einschätzen muß, daß sie der Staat ist. Wenn man das erkannt hat, wird verständlich, warum nur die Parteimeinung existieren darf. Das steht aber im eklatanten Widerspruch zu den eigenen Ansprüchen der DDR.

Abschließend möchte ich mein Bedauern darüber äußern, daß die Flucht aus der DDR unter unwürdigen Bedingungen das letzte Mittel war, um aus diesem Kreis auszubrechen. Die Einsichten, die ich gewonnen habe, verdanke ich den Medien der DDR, dem Studium der Werke von K. Marx und F. Engels und einem jahrelangen politischen Interesse. Dabei habe ich mir "Wissen ist Macht" zur Maxime gemacht.

Anlage: "Beileidskundgebung"

gez. Frank Merkel

F.d.R.d.A.:

Chef Kader, Kommando der Grenztruppen

gez. Robitzsch  
Oberst

E-170/01 19. Okt. 1987

# SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Zentralkomitee

HAUS DES ZENTRALKOMITEES AM MARX-ENGELS-PLATZ · 1020 BERLIN · RUF 202-0

MITGLIED DES POLITBÜROS

Mitglied des Politbüros  
Minister für Nationale Verteidigung  
Genossen Armeegeneral Heinz Keßler

*Gen. G. Brüner.*  
*Gen. Keßler, Personal-  
Kasse und Postkarte.*  
*Ed. K.*  
*20/10*  
*28/10*

Strausberg

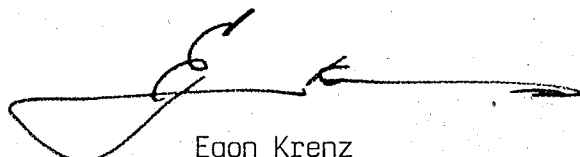
Lieber Genosse Heinz Keßler!

Der Generalsekretär unserer Partei, Genosse Erich Honecker, hat den Bericht über die Überprüfung der Fahnenflucht des ehemaligen Oberleutnants der NVA, Merkel, und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen bestätigt.

Ich übergebe Dir den Bericht mit der Bitte, die notwendigen Schlußfolgerungen für die politisch-ideologische Arbeit zu berücksichtigen.

Den Bericht habe ich auch den Genossen Erich Mielke, Friedrich Dickel und Generaloberst Horst Brüner übersandt.

Mit sozialistischem Gruß



Egon Krenz

Anlage

Berlin, 19. Oktober 1987

Berlin, 15. Oktober 1987

## B e r i c h t

über die Überprüfung der Fahnenflucht des ehemaligen Oberleutnants  
der Grenztruppen M e r k e l  
und die damit im Zusammenhang stehenden Probleme

---

Die Überprüfung erfolgte durch eine Arbeitsgruppe der Abteilung für Sicherheitsfragen unter Leitung des stellvertretenden Abteilungsleiters Genossen Peter Mieth.

Im Ergebnis der Überprüfung und der Gespräche mit leitenden Genossen der Führung des Kommandos der Grenztruppen der DDR und des Ministeriums für Staatssicherheit wird eingeschätzt:

### I.

#### Zur Fahnenflucht des ehemaligen Oberleutnants der Grenztruppen M e r k e l

Am 1.9.1987 wurde der ehemalige Angehörige der Grenztruppen der DDR Oberleutnant Merkel, Frank unter Mitnahme seiner persönlichen Waffe in die BRD fahnenflüchtig. Er war auf Befehl des Regimentskommandeurs des Grenzregiments Grabow zur Kontrolle der Vollzähligkeit und des technischen Zustandes der Signalgeräte im Grenzabschnitt eingesetzt. Merkel ist am 2.8.1961 geboren.

In geordneten Familienverhältnissen aufgewachsen, die Eltern sind Lehrer, erlernte er den Beruf eines Maschinen- und Anlagenmonteurs im VEB Schiffswerft "Neptun" Rostock. Im Juni 1980 wurde er als Kandidat in die SED aufgenommen. Nach seinem Studium an der Offiziershochschule der Landstreitkräfte "Ernst Thälmann", das er mit gutem Ergebnis abschloß, wurde er 1984 als Offizier für Munition/Instandsetzung

im Grenzregiment 8 eingesetzt. Nach einer relativ kurzen Einarbeitungszeit hat er sich sehr schnell in die spezifischen Besonderheiten des waffentechnischen Dienstes der Grenztruppen eingearbeitet. Seine Dienstpflichten erfüllte er diszipliniert und mit hoher Einsatzbereitschaft.

Auf Grund seiner positiven Entwicklung wurde er in die Kaderreserve aufgenommen und für den Einsatz als Oberoffizier Bewaffnung vorbereitet. Sein Einsatz in dieser Dienststellung war für den 1.10.1987 im Grenzregiment 24 vorgesehen.

Merkel beteiligte sich aktiv am politischen Leben. In der Parteigrundorganisation nahm er regelmäßig an den Mitgliederversammlungen teil. Er wird als diskussions- und kritikfreudig eingeschätzt. Parteiaufträge erfüllte er mit unterschiedlicher Qualität. Aktive Mitarbeit zeigte er in den Veranstaltungen der gesellschaftswissenschaftlichen Weiterbildung, als Schulungsgruppenleiter für die politische Schulung und als Zirkelleiter in der Schule der sozialistischen Arbeit. Er legte politische Grundfragen überzeugend dar und trat parteiverbunden und staatsstreu auf.

Als Vorsitzender der Revisionskommission der FDJ des Truppenteils hatte er Vertrauen und gesellschaftliche Achtung. Im Freizeitbereich lebte er zurückgezogen. Er pflegte keine persönlichen Freundschaften. Merkel, der eine Zweiraumwohnung aus dem Kontingent der Truppe besaß, unterhielt keinen engeren Kontakt zu den anderen im Haus wohnenden Angehörigen der Grenztruppen. Außer seinen Eltern empfing er keine Besuche.

Besonderes Interesse zeigte er seit 1986 an Auslandsreisen. 1986 war er über Jugendtourist in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, 1987 über Reisebüro in der CSSR und in der Volksrepublik Ungarn. Darüber hinaus betätigte er sich aktiv im Freizeitmassensport und interessierte sich für Camping.

Merkel verstand es, seine feindliche Haltung zur Partei, zum Staat und zum Klassenauftrag, die in seiner hinterlassenen Erklärung (siehe Anlage) und mit der Fahnenflucht eindeutig zum Ausdruck kommt, bewußt zu verbergen.

Die von Merkel schriftlich hinterlassenen partei- und staatsfeindlichen Einstellungen sind Ursache und Motiv für das Militärverbrechen. Sie beweisen, daß er ideologisch aufgeweicht ist und Positionen des Klassenfeindes bezogen hat.

Durch die umfassende Tarnung seiner verbrecherischen Absichten waren für die Vorgesetzten und das Kollektiv keine Hinweise auf die Vorbereitung und Durchführung des Klassenverrates erkennbar.

Begünstigend auf die Durchführung der Fahnenflucht wirkte sich die von Merkel veranlaßte Postentrennung aus.

Nach der Fahnenflucht wurde bekannt, daß er in der Volksrepublik Ungarn (1987) Kontakte zu österreichischen Bürgerinnen hergestellt hat. Von diesen erhielt er - an seine Eltern adressiert - Kartengrüße aus Griechenland.

Aussprachen mit den Eltern von Merkel haben ergeben, daß sie den Schritt ihres Sohnes nicht verstehen. Sie hoben jedoch hervor, daß er mehrfach betont habe, Fachoffizier zu sein und nicht an der Grenzlinie eingesetzt zu werden, um nicht schießen zu müssen.

Im Zusammenhang mit der geführten Untersuchung wurde festgestellt, daß das Grenzregiment 8 unter Führung des Kommandeurs, Oberstleutnant Tyc, im Verlaufe des Ausbildungsjahres 1986/87 eine positive Entwicklung genommen hat. Wesentlichen Anteil daran haben die beiden Grundorganisationen des Stabes, deren Kampfkraft in Durchführung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED weiter gewachsen ist. Im Stab ist eine offene und parteiliche Atmosphäre charakteristisch.



Als Sofortmaßnahmen in Auswertung der Fahnenflucht erfolgten:

- Durchführung von Mitgliederversammlungen in den Grundorganisationen der SED und FDJ mit dem einstimmigen Ausschluß des Verräters,
- Information aller Kommunisten des Truppenteils in Kampfberatungen der Parteikollektive,
- Durchführung von Dienstversammlungen in den Einheiten, in denen Offiziere der vorgesetzten Stäbe über das Militärverbrechen informiert und eine politische Wertung des Verrates vornahmen,
- Verstärkung der Grenzsicherung und der Aufklärung der Handlungen des Gegners im Durchbruchsabschnitt,
- Information an die örtlichen Parteiorgane.

Als Aufgaben wurden gestellt:

- Weiterführung einer offensiven politisch-ideologischen Arbeit unter besonderer Beachtung des Stimmungs- und Meinungsbildes sowie Unterstützung der Kommandeure, des Politorgans, der Partei- und FDJ-Organisationen durch den Einsatz von Offizieren des Grenzkommandos NORD,
- Vertrauensvolle individuelle Arbeit mit den Berufskadern, wodurch auch die Kenntnisse über ihre politische Standhaftigkeit, moralische Reife, charakterliche Stabilität, das Freizeitverhalten und ihre Lebensweise zu vertiefen und die Motive ihres Handelns umfassender zu beurteilen sind,
- Präzisierung der Entschlüsse zur Grenzsicherung im I. und II. Bataillon des Grenzregimentes 8,
- Überprüfung der Sicherungseinrichtung der Waffenkammer und Munitionsstellen,

- Auswertung des Militärverbrechens mit den Führungen der Verbände, Lehreinrichtungen und Truppenteile.

Bei der Auswertung des besonderen Vorkommnisses erklärten die Genossen ihre Bereitschaft und Entschlossenheit, den Klassenauftrag mit hohen Leistungen zu erfüllen.

II.

Analyse der Fahnenfluchten in den Grenztruppen seit dem  
1.12.1986 - 16.9.1987

In dieser Zeit gab es 13 Fahnenfluchten nach der BRD und Berlin (West).  
Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 10.

In den zurückliegenden 6 Jahren erfolgten 68 Fahnenfluchten durch  
ehemalige Angehörige der Grenztruppen (1981 - 12; 1982 - 11; 1983 - 12;  
1984 - 9; 1985 - 9; 1986 - 15)

Im gleichen Zeitraum wurden 90 beabsichtigte Fahnenfluchten erkannt  
und verhindert (73 operativ verhinderte und 17 versuchte Fahnenfluchten).

An den 13 Fahnenfluchten dieses Jahres waren 1 Offizier, 1 Unteroffizier,  
4 Gefreiten und 7 Soldaten beteiligt.

Es erfolgten 1 im Januar, 4 im März, 1 im Mai, 2 im Juli, 4 im August  
und 1 im September. Alle waren Mitglieder der FDJ. Mitglied der SED  
war nur der Offizier.

11 Fahnenflüchtige hatten einen Facharbeiterbrief. Einer war Abiturient.  
Der Berufsoffizier hatte Hochschulabschluß. Es befand sich kein Genossen-  
schaftsbauer unter ihnen.

Von 5 Fahnenflüchtigen waren Elternteile Mitglied der SED, bei 2 Fahnen-  
flüchtigen Angehörige der Sicherheitsorgane.

2 Fahnenflüchtige waren verheiratet, 11 Täter waren ledig.

Ihren Wohnsitz hatten 4 Fahnenflüchtige im Bezirk Karl-Marx-Stadt,  
2 im Bezirk Dresden, 2 im Bezirk Leipzig, je 1 in den Bezirken Berlin,  
Cottbus, Gera, Halle und Schwerin.

Das Alter der Fahnenflüchtigen liegt zwischen 19 und 25 Jahren.

Die Fahnenfluchten erfolgten durch 10 ehemalige Angehörige der Grenztruppen aus dem Grenzdienst (davon eine Gruppenfahnenflucht), durch 2 während des Wachdienstes aus dem Objekt (Gruppenfahnenflucht) und durch 1 aus dem Urlaub.

In 7 Fällen gelang es den Fahnenflüchtigen, ihre Tat durch die Herbeiführung einer Postentrennung (4 x unter Vorwand der Notdurftverrichtung) zu begehen. In einem Fall erfolgte die Fahnenflucht mit Androhung von Waffengewalt. In einem Fall gelang es dem Täter, die Waffe des Postenführers funktionsuntüchtig zu machen und in einem weiteren Fall das Magazin zu entfernen.

In 4 Fällen haben die Täter die Waffen mitgenommen (3 MPi, 1 Pistole).

Von den 13 Fahnenflüchtigen waren 8 nicht länger als 4 Monate in den grenzsichernden Einheiten, aus denen sie die Fahnenfluchten begingen. 12 Fahnenflüchtige hatten vor ihrem Einsatz in grenzsichernden Einheiten eine 6monatige Ausbildung in Grenzausbildungsregimentern.

Die 13 Fahnenflüchtigen kamen aus 11 Kollektiven. In 9 dieser Kollektive gibt es kampfstärke Grundorganisationen der SED, die eine aktive Rolle spielen und Autorität besitzen. Es herrscht eine offene Atmosphäre. Dies trifft im Prinzip auch für die FDJ-Grundorganisationen zu. Der politisch-moralische Zustand in den Kollektiven ist gut. In 2 Kollektiven konnte der Gesamtzustand nur mit befriedigend eingeschätzt werden.

In keiner der Grenzkompanien traten Fahnenfluchten im Wiederholungsfall auf. Die 13 Fahnenfluchten verteilen sich auf 8 von 18 Grenzregimentern. In 3 Regimentern gab es auch im Vorjahr Fahnenfluchten.

Die Untersuchung ergab, daß bei allen Fahnenfluchten - außer der des ehemaligen Oberleutnants Merkel - Konfliktsituationen im persönlichen (familiären) Bereich der auslösende Faktor für die Handlung waren. Die Fahnenflüchtigen hatten sich zu ihren Problemen - auch auf Befragung hin - gegenüber ihren Vorgesetzten oder militärischen Kollektiven nicht geäußert. Dienstliche Konfliktsituationen lagen in keinem Falle vor.

Ein Fahnenflüchtiger war vorher aus Sicherheitsgründen aus der Grenzkompanie in eine Nachrichtenwerkstatt versetzt worden (er wurde aus dem Urlaub fahnenflüchtig), zwei wurden in eine Sicherstellungskompanie versetzt (sie begingen von dort aus die Fahnenflucht).

Bei keinem Fahnenflüchtigen gab es Anzeichen politischer Unzuverlässigkeit.

Generell trifft für alle Fahnenflüchtigen zu, daß ihre politische Bindung zur DDR, zu ihren Kollektiven und zu ihrem Auftrag nicht so stark war, um die Lösung ihrer Konfliktsituationen durch eine Fahnenflucht als falsch zu erkennen.

Aus der Sicht der zuständigen Genossen des Ministeriums für Staatssicherheit ergeben sich für mögliche Motive und Ursachen der Fahnenfluchten keine anderen Erkenntnisse als bei den Genossen in den Grenztruppen.

Im Ergebnis der geführten Untersuchungen erfolgte zu allen Fahnenfluchten eine grundsätzliche Auswertung, begonnen im Kommando der Grenztruppen bis zu den Grenzkompanien unter voller Einbeziehung der Grundorganisationen der SED.

Durch den Minister für Nationale Verteidigung wurde den Grenztruppen in Auswertung des Ausbildungsjahres 1986/87 diesbezüglich die Aufgabe gestellt, die Qualität und Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit, vor allem die individuelle Arbeit mit jedem einzelnen Angehörigen der Grenztruppen, weiter zu erhöhen und in den Kollektiven eine offene und vertrauensvolle Atmosphäre zu schaffen sowie die Führungskader besser zu befähigen, ihre Unterstellten allseitig zu kennen und zu vorbildlichem Leistungsverhalten zu motivieren.

III.

Zur Analyse der Angriffe von Bürgern der DDR auf die Staatsgrenze mit dem Ziel, in die BRD bzw. nach Berlin (West) zu gelangen

a) Übersicht über die Grenzverletzerbewegung in Richtung BRD und Berlin (West) von 1981 bis 1986 (bezogen auf Ausbildungsjahr jeweils vom 1.12. bis 30.11.)

Jahr	Gesamtbewegung in Richtung BRD und Westberlin (Personen)	von Gesamtbewegung festgenommene (Personen)	von Gesamtbewegung durch GT festgenommene		von Gesamtbewegung erfolgte Grenzdurchbrüche	
			Personen	%	Personen	%
1981	1183	1147	218	18,4	36	3,0
1982	1110	1051	193	17,3	59	5,3
1983	1279	1235	217	16,9	44	3,4
1984	1065	1012	179	16,8	53	4,9
1985	883	863	175	19,8	20	2,3
1986	1076	1007	237	22,0	69	6,4
1986/87	1033	975	278	27,0	58	5,6

(Stand 31.8.87)

b) Der Stand der Wirksamkeit der Grenzsicherung in der Zeit vom 1.12.1986 - 31.8.1987 an der Staatsgrenze zur BRD und Berlin (West) (bezogen auf die Zahl der Festnahmen im Verhältnis zur Grenzverletzerbewegung)

(In Klammern Vergleichszahlen zum Vorjahreszeitraum)

- Grenzverletzerbewegung gesamt:	1033 Personen (608)
	Anstieg auf 170 %
- Festnahmen gesamt:	975 Personen (579)
	Anstieg auf 168 %
- Festnahmen durch Grenztruppen im Grenzgebiet:	250 Personen (105)
	Anstieg auf 238 %

- Festnahmen durch andere Schutz- und Sicherheitsorgane im Grenzgebiet: 129 Personen (74)  
Anstieg auf 174 %
- Grenzdurchbrüche: 58 Personen (29)  
Anstieg auf 200 %
- Von der Gesamtzahl der Grenzverletzer gelangten in das Grenzgebiet: 438 Personen = 42 %  
(208 Personen = 32 %)
- 1984 gelangten 30 % der Grenzverletzer in das Grenzgebiet, und gegenwärtig sind es 42,3 %.
- Die Wirksamkeit aller Sicherheitsorgane bei Festnahmen beträgt 94,4 % (95,2 %). Sie ist zurückgegangen.
- Die Wirksamkeit der Grenztruppen bei Festnahmen im Schutzstreifen beträgt 76 % (69 %). Sie hat sich verbessert.
- 313 Grenzverletzer = 30 % hatten ihren Wohnsitz in Grenzkreisen. 1983 waren es 28,8 %.
- 89 % der Grenzregimenter haben Grenzdurchbrüche zugelassen. Keine Grenzdurchbrüche waren in den Grenzregimentern Mühlhausen (Bezirk Erfurt), Potsdam/Babelsberg (Bezirk Potsdam).
- 1986 kamen 30 % aller Grenzverletzer aus Bezirken, die keine Grenzbezirke sind, d.h. aus Leipzig, Halle, Frankfurt/Oder, Cottbus, Dresden, Neubrandenburg.

Unter Berücksichtigung des Abbaus der Minen an der Staatsgrenze, der veränderten Struktur in den grenzsichernden Einheiten - einschließlich der Verringerung der Personalstärke - sowie des veränderten Ausbaus der Staatsgrenze gelingt es den Grenztruppen zunehmend besser, ihre Grenzsicherungsaufgaben zu erfüllen.

Mit der Einführung des neuen Systems der Grenzsicherung durch die Grenztruppen der DDR an der Staatsgrenze zur BRD, der planmäßigen Fortführung des pionier- und signaltechnischen Ausbaus der Staatsgrenze zur BRD bzw. Westberlin sowie dem Einsatz der Grenzbeauftragten des MfS werden weitere Voraussetzungen zur Erhöhung der Wirksamkeit der Grenzsicherung und zur Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit in den Grenzgebieten geschaffen.

Nachteilig wirkt sich aus, daß sich die Auswahl von Wehrpflichtigen für den Dienst in den Grenztruppen qualitativ nur geringfügig verbessert hat.

Dies ist eine Ursache dafür, daß eine hohe Zahl Wehrpflichtiger, die im Grenz- ausbildungsregiment 3 Monate für den Dienst an der Grenze vorbereitet werden, nicht für den Grenzdienst bestätigt werden. So wurden von der Einberufung November 1986 385 Angehörige der Grenztruppen und von der Einberufung Mai 1987 404 aus sicherheitspolitischen Gründen nicht für den Einsatz an der Staatsgrenze bestätigt. Das sind rund 8 Grenzkompanien, die nicht zum Einsatz kommen. Hinzu kommt, daß in der Zeit vom 1.1.1987 - 31.7.1987 295 Angehörige der Grenztruppen aus sicherheitspolitischen Gründen aus den Grenzsicherungskompanien zeitweilig oder für ständig abgezogen wurden. Gegenwärtig sind 146 abgezogen.

Der Minister für Nationale Verteidigung hat inzwischen angewiesen, daß zur Verbesserung der Qualität der Auswahl der zu den Grenztruppen einzuberufenden Wehrpflichtigen der Anteil der 23jährigen und älteren Wehrpflichtigen (zur Zeit 50 %) zu erhöhen ist und die Einberufungen aus den Nordbezirken sowie aus Kleinstädten und Dörfern zu verstärken sind. Durch die engere Zusammenarbeit der Wehrorgane mit den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit und des Ministeriums des Innern sowie den örtlichen Partei- und Staatsorganen, den gesellschaftlichen Organisationen und den Betrieben sollen die Möglichkeiten zur Erarbeitung einer umfassenden Persönlichkeitseinschätzung der Einzuberufenden künftig besser ausgeschöpft werden.



In zunehmendem Umfang wird der millionenfache paß- und visafreie Reiseverkehr sowie Touristenverkehr über die Südgrenze der DDR für Versuche des ungesetzlichen Verlassens genutzt.

Die Täter haben das Ziel, auf dem Territorium der verschiedenen sozialistischen Länder diesen Entschluß vorzubereiten bzw. über deren Grenzen in das nicht-sozialistische Wirtschaftsgebiet zu gelangen.

Schwerpunkte bilden dabei die CSSR, die Volksrepublik Bulgarien sowie die Ungarische Volksrepublik.

In der Zeit vom 1.1.1987 bis 31.8.1987 wurden im Zusammenwirken der Zoll- und Paßorgane bei 533 Personen Verdachtsmomente für das ungesetzliche Verlassen der DDR gemäß § 213 StGB erarbeitet (1986 waren es im gleichen Zeitraum 456 Personen). Der Schwerpunkt liegt unverändert in den Monaten Juni bis August.

Im Ergebnis der Prüfungshandlungen wurden durch das zuständige Untersuchungsorgan folgende Entscheidungen getroffen:

- Weiterbearbeitung durch die DVP bzw. das MfS	181 Personen (1986 150 Personen)
- Rückweisung vom Grenzübertritt	156 Personen (1986 127 Personen)
- Weiterreise nach Abschluß der Prüfungshandlungen	196 Personen (1986 179 Personen)

Von den 533 übergebenen Personen konzentrieren sich 247 allein auf die Eisenbahngrenzübergangsstelle Bad Schandau.

Gleichzeitig muß beachtet werden, daß auch die Anzahl der Straftaten ansteigt, bei denen Personen in ihren Absichten unerkannt - unter Nutzung ihnen gewährter Reisen in sozialistische Nachbarländer - nicht wieder in die DDR zurückkehren. Seit 1.1.1987 wurden durch das Ministerium des Innern 45 Personen registriert. 1986 waren es im gleichen Zeitraum 43 Personen.

IV.

Schlußfolgerungen

1. Die Grenztruppen erfüllen die ihnen gestellten Aufgaben unter den veränderten Bedingungen mit größerer Wirksamkeit. Die Fahnenfluchten zeigen jedoch, daß nicht jeder Grenzsoldat im Verlaufe seiner Dienstzeit politisch so motiviert wird, daß er zu einem festen Klassenstandpunkt gelangt.

Es muß davon ausgegangen werden, daß die Angehörigen der Grenztruppen der ideologischen Diversion des Gegners viel stärker ausgesetzt sind als die Bürger der DDR im allgemeinen.

2. Die Überprüfung ergab, daß die im Bericht der Abteilung für Sicherheitsfragen über die Untersuchung zur Sicherung der Staatsgrenze vom Oktober 1986 gezogenen Schlußfolgerungen zweckmäßig waren.

Für die weitere Stabilisierung der Lage in den Grenztruppen und an der Staatsgrenze - einschließlich der Zurückdrängung der Fahnenfluchten - ist es erforderlich, diese Schlußfolgerungen in allen Bereichen und auf allen Führungsebenen konsequenter durchzusetzen.

Vorrang hat dabei, die Wirksamkeit der ideologischen Arbeit - die alle erreichen muß -, die individuelle Arbeit und die vertrauensvolle Atmosphäre zu verbessern. Die Grenzsicherung kann nur auf der Basis gegenseitigen Vertrauens erfolgen. Das schließt die Erhöhung der Wachsamkeit ein.

3. Die in den Grenztruppen eingeleiteten Maßnahmen zur politischen und grenzspezifischen Qualifizierung der Postenführer sind in hoher Qualität durchzusetzen. Dazu gehört auch die Verhinderung von Postentrennungen im Grenzdienst. Die für die individuelle Arbeit mit den Grenzsoldaten gegebene Orientierung im Befehl 44/83 des Chefs der Grenztruppen ist noch zielgerichteter für die Schaffung einer vertrauensvollen Atmosphäre zu nutzen.

4. Die eingeleiteten Maßnahmen für eine höhere Qualität der Auswahl der einzuberufenden Wehrpflichtigen zu den Grenztruppen sind durch die dafür zuständigen Organe im territorialen Bereich konsequenter zu realisieren. Die zentrale Führung und Unterstützung dieses Prozesses sind durch die zuständigen Ministerien zu gewährleisten.